



Gefährliches Spiel mit dem Euro-Ausstieg

Ein Bankrott Griechenlands außerhalb der Eurozone wäre das ungünstigste Szenario

Sebastian Dullien/Daniela Schwarzer*

Erstmals wurde auf höchster politischer Ebene der Hinauswurf eines Mitgliedstaats aus der Eurozone erwogen. Bundeskanzlerin Merkel und Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy haben die griechische Regierung vor die Wahl gestellt: Entweder Griechenland erfüllt alle Auflagen von EU und Internationalem Währungsfonds oder es muss die Eurozone verlassen. Auf den ersten Blick ist diese harte Strategie aufgegangen, denn der griechische Premier hat das angekündigte Referendum zurückgezogen. In Athen hat eine Übergangsregierung unter dem früheren stellvertretenden Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Loukas Papadimos, die Umsetzung der Reformen übernommen. Gleichzeitig hat sich das Spektrum scheinbarer politischer Lösungsmöglichkeiten für die Verschuldungskrise erweitert. Der Austritt oder das Hinausdrängen eines Landes aus der Eurozone sind kein Tabu mehr, auch wenn dafür die Rechtsgrundlage in der EU fehlt. „Saubere“ oder „einfache“ Lösungen, als die sie mitunter gehandelt werden, sind sie jedoch nicht. Ein griechischer Staatsbankrott mit gleichzeitigem Euro-Austritt wäre verheerend für die EU.

Griechenlands Reformanstrengungen werden weiterhin als unzureichend wahrgenommen. Damit nicht genug: Innenpolitischer Widerstand veranlasste im Oktober 2011 den damaligen Premierminister Georgios Papandreou, ein Referendum über die Reformpolitik anzukündigen. Aus diesen Gründen brachten vor allem die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy die Herauslösung Griechenlands aus der Eurozone ins Gespräch.

Unterschiedliche Szenarien werden seither diskutiert, zum Beispiel eine Art Hinauswurf Griechenlands, sollte es die Auflagen von EU und IWF nicht erfüllen und darum seine nächsten Kredittranchen nicht erhalten. Auch ein freiwilliger Austritt des Landes wird erwogen, sofern dessen Regierung zu der Auffassung gelangt, dass sich die Probleme Verschuldung und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit besser außerhalb des gemeinsamen Währungsraums lösen lassen.

Ein Ausstieg aus der Währungsunion hieße, dass Griechenland wieder eine nationale Währung einführt, etwa eine neue Drachme. Dies dürfte mit einem Staatsbankrott einhergehen, denn das Land würde seine Schulden nicht mehr bedienen.

Ein Staatsbankrott wäre indes nicht zwingend mit einem Eurozonenaustritt verknüpft. Es wäre denkbar, dass Griechenland zwar die Schulden nicht mehr zurückzahlt, aber in der Währungsunion bleibt.

Aus griechischer Sicht könnte es die „billigere“ Lösung sein, Pleite und Ausstieg parallel anzugehen. Für die anderen Mitglieder der Eurozone dagegen wäre es vorteilhafter, wenn Griechenland trotz eines Bankrotts in der Eurozone bliebe.

Zwei Forderungsverzichte, keine Lösung

Auf den ersten Blick scheint es, als stünde ein griechischer Staatsbankrott gar nicht mehr zur Debatte. Schon beim EU-Gipfel am 21. Juli 2011 war unter der Bezeichnung Private Sector Involvement (PSI) mit den privaten Gläubigern ein Forderungsverzicht von rund 20 Prozent vereinbart worden. Auf dem Eurozonen-Gipfel am 26. Oktober 2011 wurde er gar auf 50 Prozent erhöht. So entstand der trügerischere Eindruck, ein Zahlungsausfall sei abgewendet worden.

Die Gefahr ist aber nicht gebannt. Erstens betrifft der Schuldenschnitt nur einen kleinen Teil der griechischen Staatsschulden, nämlich diejenigen, die noch von Banken, Versicherungen und anderen privaten Anlegern gehalten werden. Große Forderungen gegenüber Griechenland aber liegen inzwischen bei der Europäischen Zentralbank (EZB), dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und den europäischen Partnern. Dieser Anteil wird auf gut ein Drittel der rund 350 Milliarden Euro ausstehender Staatsschulden geschätzt und ist von der Schuldenrestrukturierung zunächst nicht betroffen.

Zweitens ist unklar, ob überhaupt genug private Gläubiger dem schmerzhaften Forderungsverzicht in Höhe von 50 Prozent zustimmen werden. Wenn nicht, ist der Plan Makulatur, die Schuldenquote bis 2020 auf 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu senken.

Drittens dürfte sich selbst mit dem Schuldenschnitt der griechische Schuldenstand nur langsam wieder in Richtung Tragfähigkeit bewegen. Die Planungen zur Entwicklung der Staatsfinanzen beruhen auf der Annahme anhaltender Austerität und einer Rückkehr des Wirtschaftswachstums ab 2013. Hier gibt es gleich eine ganze Reihe von Unsicherheiten. So ist ungewiss, ob

* Prof. Dr. Sebastian Dullien lehrt Allgemeine Volkswirtschaftslehre an der HTW Berlin und ist Senior Policy Fellow am European Council on Foreign Relations.

Dr. Daniela Schwarzer leitet bei der SWP die Forschungsgruppe Europäische Integration.

Wir danken der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ www.swp-berlin.org für die Nachdruckerlaubnis dieses Beitrags aus swp-aktuell 54, Nov. 2011. Hinweisen möchten wir in diesem Zusammenhang auch auf andere interessante Bereiche auf dieser Homepage, wie zB. weitere Themendossiers neben dem zur EU, solche zu Afghanistan, den Aufbruch in der Arabischen Welt, Klimapolitik u. a. SWP-Studien und laufend aktueller Meldungen.



die Wirtschaft wie erhofft wachsen wird. Seit den Verhandlungen über das erste Hilfspaket haben IWF und Europäische Kommission regelmäßig die wachstumshemmenden Folgen der Sparpakete unterschätzt. Zudem ist fraglich, ob ein Jahrzehnt harter Sparpolitik politisch durchzuhalten ist, selbst wenn die neue Regierung Papadimos das Reformprogramm weiter umsetzt. Bis 2020 finden mindestens zwei Mal nationale Parlamentswahlen in Griechenland statt, die von innenpolitischen Auseinandersetzungen um Sparpolitik und Strukturreformen begleitet werden dürften. Nicht auszuschließen ist, dass die Stimmung in der Bevölkerung sich noch stärker gegen den Reformkurs wendet und eine Mehrheit am Ende einen Staatsbankrott dem ständigen strikten Sparen vorzieht.

Es hängt viertens auch von der Situation im griechischen Bankensektor ab, ob der beim EU-Gipfel am 23. Oktober 2011 verkündete zweite freiwillige Forderungsverzicht es erlauben wird, den griechischen Schuldenstand tatsächlich auf 120 Prozent des BIP zu reduzieren. Abschreibungen auf die griechischen Staatsanleihen in Höhe von geschätzt rund 50 Milliarden Euro in den Portfolios griechischer Banken machen Rekapitalisierungen nötig. Diese wiederum treiben den griechischen Schuldenstand in die Höhe.

Staatsbankrott in zwei Szenarien: mit und ohne Euroaustritt

Trotz des zweiten Restrukturierungspakets ist es also weiterhin möglich, dass Griechenland seine Schulden nicht zurückzahlt. Rechtlich wäre dies handhabbar: Der Großteil der griechischen Anleihen ist nach griechischem Recht begeben. Die Zahlungen könnten nach nationaler Gesetzgebung eingestellt werden. Schwieriger wird es bei den Krediten des IWF und der EU-Partner. Die IWF-Kredite haben Vorrang vor anderen. Erst danach sind die EU-Partner an der Reihe, die sich am Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) und an der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) beteiligt haben.

Ein Zahlungsausfall gegenüber den EU-Partnern wäre eine enorme politische Belastungsprobe für die Eurozone. Die Geberstaaten, deren Staatsfinanzen in einigen Fällen selbst unter starkem Druck stehen, müssten mit den finanziellen Bürden durch den Kreditausfall umgehen. Selbst in den Ländern, die dies verkraften könnten, wüchse die Ablehnung gegenüber den Hilfsmechanismen und den Empfängerländern. Dies würde das weiterhin unerlässliche Krisenmanagement und die politische Durchsetzbarkeit notwendiger Governance-Reformen in der Eurozone beträchtlich erschweren. Auch in Politikfeldern, die nicht direkt mit der Wirtschafts- und Währungsunion zusammenhängen, wäre mit politischen Blockaden zu rechnen.

Grundsätzlich kann sich der Staatsbankrott auf zwei Arten vollziehen: Im ersten Szenario stellt Griechenland die Zahlung auf die Staatsschulden ein, versucht aber, im Euro-Raum zu bleiben. Im zweiten Szenario bedient das Land ebenfalls keine Staatsschulden mehr, führt aber zusätzlich eine neue eigene Währung ein.

Szenario 1: Staatsbankrott im Euro-Raum

In diesem Szenario ist die griechische Regierung nicht mehr willens oder in der Lage, ausstehende Schul-

den zu begleichen. Zunächst würde sie alle Zins- und Tilgungszahlungen auf die Schuldverbindlichkeiten des griechischen Staates stoppen. Über die kommenden Jahre würde sie sich mit den Gläubigern über die Auszahlung eines kleinen Anteils der Schulden verständigen.

Folgen für Griechenland

Bei einem Bankrott innerhalb des Euro-Raums wäre Griechenland praktisch sofort vom Kapitalmarkt abgeschnitten. Die Regierung könnte ihre Ausgaben nur aus laufenden Einnahmen decken. Wie stark dies die tatsächlichen Ausgaben des griechischen Staates beeinträchtigen würde, hängt davon ab, wie groß der Finanzierungsbedarf nach Einstellung des Schuldendienstes noch ist. Dies lässt sich am sogenannten Primärdefizit des öffentlichen Sektors ablesen, das den Finanzierungsbedarf vor Zinszahlungen darstellt.

Für das Jahr 2011 sieht der Bericht der Troika von Ende Oktober 2011 noch ein Finanzierungsdefizit von 1,8 bis 2,3 Prozent des BIP vor. Für 2012 geht die Prognose von einem ausgeglichenen Etat vor Zinszahlung aus. Die Zahlen für 2011 würden deshalb bei einer Staatspleite einen weiteren sofortigen Einschnitt aller Staatsausgaben um 5 Prozent implizieren, jene für das Jahr 2012 würden bedeuten, dass Griechenland nach einem Bankrott und dem Ende der Hilfszahlungen sein bisheriges Ausgabenniveau sogar aufrechterhalten könnte.

Allerdings dürften sich diese Schätzungen aufgrund geänderter Rahmenbedingungen als zu optimistisch erweisen, wenn Griechenland tatsächlich zahlungsunfähig würde. Schwere wirtschaftliche Verwerfungen wären die Folge, weil etwa die Eigentümer von Staatsanleihen ihrerseits ihre Verbindlichkeiten nicht mehr bedienen könnten. Zudem würden die Banken in eine Krise geraten (siehe unten). Die Steuereinnahmen brächen weiter ein. Die Vorhersage der Troika für das Primärdefizit wäre damit obsolet. Stattdessen wären neue Einschnitte bei den Staatsausgaben oder Steuererhöhungen notwendig, was wiederum die Rezession verschlimmern würde.

Ein solcher Staatsbankrott rief zweifellos eine tiefe Krise im griechischen Bankensektor hervor, weil alle griechischen Staatsanleihen noch einmal weit unter ihrem bisherigen Marktwert abgeschrieben werden müssten. Die griechischen Banken wären damit weitgehend pleite.

Die Partner in der Eurozone könnten der Regierung einen EFSF-Kredit zur Rekapitalisierung der Banken gewähren. Rechtlich dürfte dies bei einem unilateral erklärten Zahlungsausfall möglich sein, solange die griechischen Kredite noch aus dem ersten Hilfspaket von den EU-Partnern kommen und nicht über die EFSF.

Politisch wäre es jedoch sehr schwierig, im Falle eines Staatsbankrotts einen solchen EFSF-Kredit gegenüber der Öffentlichkeit in den anderen EU-Ländern zu rechtfertigen. Ohne frisches Kapital aber bräche das griechische Bankensystem komplett zusammen. Dies würde die ohnehin tiefe Rezession der griechischen Wirtschaft verschärfen. Eine Rekapitalisierung mit EFSF-Geldern hätte zudem den Vorteil, dass die griechischen Banken wieder ausreichend Sicherheiten hätten, um sich bei der EZB mit Liquidität zu versorgen.

Geht Griechenland pleite, dürfte es griechischen Unternehmen immer schwerer fallen, Importe zu finanzieren, denn auch ihre Zahlungsfähigkeit dürfte zunehmend in Frage gestellt werden. In Einzelfällen könnten darum sogar Produktionsprozesse unterbrochen werden.

Auch mit einem solchen Staatsbankrott würde die griechische Wirtschaft auf absehbare Zeit schrumpfen. Die zusätzlich erzwungenen Kürzungen im Staatshaushalt und die wirtschaftlichen Verwerfungen würden das Wachstum kurzfristig sogar noch stärker dämpfen, als es die Sparpakete tun. Mittelfristig bliebe die griechische Wirtschaft so wenig wettbewerbsfähig wie bisher, so dass auch von der Exportseite zunächst kein starker Impuls zu erwarten wäre.

Folgen für die Eurozone

In der Eurozone dürfte ein Zahlungsausfall Griechenlands nicht nur die Risikoprämien auf die Staatsanleihen der Krisenländer Portugal, Spanien, Irland und Italien steigen lassen, sondern auch von Ländern wie Frankreich, Belgien oder gar Österreich. Inwieweit dieser Anstieg begrenzt werden kann, hängt davon ab, wie stark die Europäische Zentralbank in den Bondmärkten intervenieren wird und wie gut die Hebellösungen des EFSF funktionieren werden.

Darüber hinaus würde der oben skizzierte Kreditausfall neuen Abschreibbedarf bei den Banken des Euro-Systems erzeugen. Dies dürfte in einigen Fällen die Nachfrage nach staatlicher Rekapitalisierung erhöhen, insbesondere wenn auch griechische Unternehmen und Banken ihre Verbindlichkeiten zurückzahlen. Möglicherweise müssten neue EFSF-Programme für bislang nicht betroffene Staaten aufgelegt werden, damit diese ihre Banken mit frischem Geld ausstatten können. Doch dürfte sich der direkte Kapitalbedarf in Grenzen halten, weil die Märkte einen Zahlungsausfall Griechenlands zum Teil schon in die Preise eingerechnet und viele Banken sich zudem von Griechenland-Anleihen getrennt haben.

Gefahr droht indes durch indirekte Ansteckungseffekte. Der Kreditausfall Griechenlands erhöht das Risiko, dass sich die Staatsschuldenkrise für andere Länder zuspitzt, und dürfte die schlechten Konjunkturaussichten in der Eurozone weiter verdüstern. Trotz aller Risiken besteht aber eine gute Chance, die Schäden mit Hilfe der existierenden Instrumente zu begrenzen, sofern schnell gehandelt wird.

Szenario 2: Bankrott und Austritt aus dem Euro-Raum

Das zweite Szenario für Griechenland wäre ein Bankrott mit Austritt aus der Währungsunion. Letzteres ist im EU-Vertrag aber nicht vorgesehen. Gegen diesen verstieße auch die Einführung einer neuen nationalen Währung, denn Artikel 128 EUV schreibt den Euro als einziges gesetzliches Zahlungsmittel in den Mitgliedstaaten der Europäischen Währungsunion fest. Nach Artikel 50 ist wohl ein Austritt aus der Europäischen Union als Ganzes möglich, der das Verlassen der Europäischen Währungsunion einschliesse.

Umstritten ist, ob ein Staat nur aus der Eurozone ausscheiden kann, vorausgesetzt, die Partner stimmen zu. Die politischen Hürden dafür sind jedenfalls niedriger,

seit die deutsche Bundeskanzlerin und der französische Staatspräsident aus den genannten Gründen einen Austritt Griechenlands ins Spiel brachten. Aus heutiger Sicht ist es jedoch kaum vorstellbar, dass die EU-Partner Griechenland gerichtlich zwingen würden, die Verträge einzuhalten und damit den Euro als einziges gesetzliches Zahlungsmittel im Inland durchzusetzen, wenn das Land darauf bestünde, die Eurozone zu verlassen. Ein solches Vorgehen träge auf großes Unverständnis, insbesondere in Staaten wie Deutschland, den Niederlanden oder Finnland, in denen viele den Rettungspaketen für Griechenland skeptisch gegenüberstehen und die Auffassung vertreten, dass Griechenland nie Mitglied der Eurozone hätte werden dürfen. Deshalb dürften die Regierungen sich hüten, so zu verfahren.

Allerdings ist ihnen auch die Handhabe verwehrt, einen Mitgliedstaat aus der Eurozone auszuschließen. Wenn also Regierungschefs ihren Partnern genau damit drohen, heißt dies allenfalls, die Bedingungen für einen Verbleib in der Eurozone derart zu verschlechtern, dass das Land sich entschließt, aus ihr auszuschneiden.

Käme es so weit, würde Griechenland versuchen, die Schäden für die eigene Wirtschaft zu minimieren. Dabei könnte es vom argentinischen Staatsbankrott des Jahres 2001 lernen. In dessen Verlauf wurde nämlich unter dem sogenannten Currency Board die feste Kursanbindung des Peso an den Dollar aufgelöst. Das folgende Szenario bezieht daher diese Erfahrungen mit ein.

Griechenland könnte parallel zwei Schritte vollziehen: die Zahlungen auf alle Schulden einstellen und eine nationale Währung einführen. Die Umstellung auf eine neue griechische Währung würde vermutlich bedeuten, dass die Banken auf Geheiß der Regierung mehrere Tage lang geschlossen blieben. Während dieser Zeit wären Überweisungen oder Auszahlungen aus dem griechischen Bankensystem nicht möglich. Die Zeit würde genutzt, um die notwendigen Gesetze zum Euro-Austritt zu verabschieden und Vorbereitungen zu treffen.

Gesetzlich geregelt würde, dass alle Verträge unter griechischem Recht zum Kurs eins zu eins von Euro auf die neue Währung umgestellt werden. Dies gälte vermutlich auch für sämtliche Bankeinlagen und Bankverbindlichkeiten. Des Weiteren dürfte die griechische Regierung per Gesetz Kapitalverkehrskontrollen einführen.

Denkbar wäre, dass Griechenland auch die ausstehenden Staatsanleihen auf die neue Währung umstellt. Plausibler wäre aber, zunächst die alten Anleihen einfach nicht mehr zu bedienen, da eine Umstellung der Altschulden nicht die Schuldenlast selbst verringert.

Folgen für Griechenland

Auf den Bankrott würde auch in diesem Szenario direkt eine Bankenkrise folgen. Bei vielen griechischen Banken dürfte das Eigenkapital aufgezehrt sein, wenn die Bestände griechischer Anleihen abgeschrieben werden. Anders als im Verbleib-Szenario, in dem EFSF-Kredite zur Verfügung stehen könnten, müsste Griechenland die Banken mit neu emittierten Anleihen rekapitalisieren, die im Gegensatz zu den Altanleihen auch bedient würden.

Zudem dürfte der unmittelbare Bedarf für die Anpassungen der Staatsausgaben geringer ausfallen als im



ersten Szenario, in dem Griechenland den Euro behielte. Da das Land wieder eine eigene Zentralbank besäße, könnte die Regierung das verbleibende Primärdefizit (sowie die Zinszahlungen auf die neu an die Banken emittierten Anleihen) mit der Notenpresse auszugleichen suchen.

Zweifellos würde die neue griechische Währung gegenüber dem Euro sofort deutlich an Wert verlieren. Nimmt man Argentinien als Beispiel, scheint eine Abwertung um 75 Prozent durchaus realistisch. Das hieße, dass auch Geldersparnisse entwertet würden, was besonders die griechische Mittelschicht trafe.

Unklar ist, ob eine Hyperinflation Griechenland heimsuchen würde. Gewiss würden zunächst die Importpreise kräftig anziehen, insbesondere für Güter ohne inländische Substitute und für Rohstoffe. Der Fall Argentinien zeigt jedoch, dass sich eine anhaltende Inflation gerade in Zeiten tiefer Rezession mit Hilfe von Preiskontrollen vermeiden lässt, selbst wenn die Inflationsrate zeitweise zweistellig werden kann. Auch Griechenlands relativ geringe Importabhängigkeit spräche dafür. Griechische Importe haben zwar einen viel größeren Anteil am BIP als Exporte. Die Importquote liegt aber weit unter der anderer europäischer Staaten.

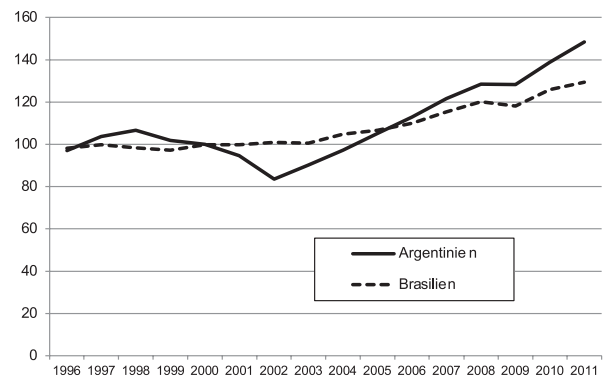
Oft heißt es, ein Staatsbankrott mit gleichzeitigem Euro-Ausstieg werde in Griechenland rasch Versorgungsengpässe verursachen, weil das Land neben den Fehlbeträgen im öffentlichen Haushalt auch ein Defizit in der Leistungsbilanz aufweise. Übersehen wird dabei, dass sich Griechenlands Leistungsbilanz in diesem Fall spürbar verbessern dürfte. Erstens ist das Leistungsbilanzdefizit in hohem Maße auf Zinszahlungen an das Ausland zurückzuführen, die bei einem Staatsbankrott weitgehend wegfielen. Zweitens würde eine Abwertung in der oben skizzierten Größenordnung die Tourismusindustrie gegenüber Ländern wie der Türkei oder Tunesien schlagartig wettbewerbsfähiger machen. Zu guter Letzt darf nicht vergessen werden, dass die Griechen heute noch eine beträchtliche Menge an Euro-Bargeld und Euro-Anlagen im Ausland halten, mit denen sie Importe bezahlen und damit zumindest für eine Übergangszeit das Leistungsbilanzdefizit finanzieren könnten.

Kurzfristig wäre ein solches Szenario mit großen Risiken für die griechische Volkswirtschaft verbunden. Vor allem dürfte die rechtliche Unsicherheit über Jahre hoch bleiben, bis alle Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit dem Bankrott und der erzwungenen Währungsumstellung abgearbeitet sind. Mittelfristig böte dieses Szenario allerdings die Chance für eine schnellere Rückkehr zum Wirtschaftswachstum: Durch die massive Abwertung der neuen Währung wären die Probleme mangelnder preislicher Wettbewerbsfähigkeit über Nacht beseitigt. Die griechische Regierung würde zunächst keine weiteren Sparpakete benötigen.

Diese optimistische Sicht mag zunächst verwundern, doch untermauert wird sie von Argentinien Erfahrungen im Zusammenhang mit der Krise 2001: Nach dem Staatsbankrott und der Abwertung begann die argentinische Wirtschaft binnen Jahresfrist wieder deutlich zu wachsen. Misst man das Pro-Kopf-BIP inflationsbereinigt, konnte Argentinien innerhalb weniger Jahre im Vergleich mit dem Nachbarland Brasilien (das derzeit gerne als südamerikanisches Wachstumsvorbild hinge-

stellt wird) sogar den krisenbedingten Einbruch der Wirtschaftsleistung aufholen (siehe Grafik).

Argentinien's rasches Wachstum nach dem Crash Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, inflationsbereinigt (2000 = 100)



Quelle: Internationaler Währungsfonds 2011, eigene Berechnungen

Folgen für die Eurozone

Für die Eurozone hätte ein griechischer Staatsbankrott mit gleichzeitigem Austritt aus ihr deutlich schwerwiegendere Folgen als eine Pleite mit Verbleib im gemeinsamen Währungsraum. Wie im ersten Szenario dürfte neuer Abschreibungs- und Kapitalbedarf im Bankensektor entstehen. Auch wüchse das Risiko, dass die Märkte für Staatsanleihen der anderen Euro-Länder angesteckt werden.

Der Eurozone würde zudem eine völlig neue Art der Ansteckung drohen. Nach der forcierten Währungsumstellung hätten die Spareinlagen im griechischen Bankensystem nur noch einen Bruchteil ihres ursprünglichen Wertes. In Italien, Portugal, Spanien und Irland würde sich schnell die Befürchtung verbreiten, dass in diesen Ländern Ähnliches passieren kann. Da es im Binnenmarkt ein Leichtes ist, ein Bankkonto in einem anderen Mitgliedstaat zu eröffnen, dürften Spareinlagen aus den Banken jener Länder rasch und in großem Stil nach Deutschland abfließen.

Aufgrund dieser Kapitalflucht würden die Banken enorme Liquiditätsprobleme bekommen, denn in der Regel haben Geldinstitute hoch liquide Verbindlichkeiten (etwa Sichteinlagen), aber illiquide Forderungen (etwa Hypotheken oder Unternehmenskredite). Im schlimmsten Fall mündet der Abzug von Depositen in die Insolvenz des Bankensektors. Dann hätte auch die EZB nur begrenzte Möglichkeiten, mit ihren üblichen Instrumenten zu Hilfe zu kommen. Gemeinhin verleiht die EZB nämlich Geld an die Banken gegen Anleihen mit guter Bonität. Es werden aber nur wenige Aktiva der Banken überhaupt in solchen Anleihen gehalten. Allenfalls könnten Not-Liquiditätshilfen aus dem sogenannten Emergency-Liquidity-Assistance-Programm der nationalen Zentralbanken hier greifen.

Bleibe die Alternative, die Banken mit mehr Eigenkapital, möglicherweise aus EFSF-Mitteln, auszustatten, um den Abzug von Spareinlagen auszugleichen. Allerdings muss man sich klarmachen, dass dann das Eigenkapital massiv aufgestockt werden müsste. Dafür wären wesentlich mehr Mittel erforderlich als für bislang diskutierte Rekapitalisierungen. Der EFSF wäre auch dann unterkapitalisiert, wenn die schon beschlossenen Hebeloptionen umgesetzt wären. Allein das italienische Bankensystem hat derzeit rund 800 Milliarden Euro an

Einlagen auf Girokonten sowie mehr als 1000 Milliarden Euro als Einlagen beim Postbanksystem, deren Abfluss kompensiert werden müsste.

Beginnt ein unkontrollierter Run auf die Banken der Staaten an der Euro-Peripherie, könnten sich diese Länder gezwungen sehen, entweder einen Totalzusammenbruch ihres Bankensystems mit dramatischen realwirtschaftlichen Verwerfungen hinzunehmen oder dem Beispiel Griechenlands zu folgen und wieder eine eigene Währung einzuführen.

Als letztes Mittel könnten die Regierungen im Binnenmarkt Kapitalverkehrskontrollen einrichten. Damit könnten etwa Überweisungen in andere Euro-Länder nur noch dann erlaubt werden, wenn Importverträge oder Rechnungen vorgelegt werden. Solche Maßnahmen müssten prinzipiell in einer vertragskonformen Weise möglich sein. Die Kehrseite wäre, dass neue Barrieren im eigentlich integrierten Finanzmarkt entstünden, die unter anderem die Funktionsweise des Binnenmarkts stören würden. Soll der Kapitalverkehr überwacht werden, müssen überdies Personenkontrollen an den Grenzen erfolgen. Das wäre ein weiterer Rückschlag für den freien Personenverkehr und den Abbau von Grenzkontrollen im Schengen-Raum.

Schlussfolgerungen

Ein herbeigeführter Staatsbankrott Griechenlands, ob innerhalb oder außerhalb der Eurozone, birgt erhebliche Gefahren. Was die Aufteilung von Risiken und Kosten zwischen Griechenland und den Euro-Partnern betrifft, gibt es aber einen erheblichen, wiewohl bislang in der Diskussion vernachlässigten Unterschied: Der Staatsbankrott innerhalb der Eurozone erscheint für Griechenland selbst möglicherweise schmerzhafter als die Pleite mitsamt Austritt aus dem Währungsraum, denn im zweiten Fall besteht zumindest die Chance auf eine rasche Rückkehr zu Wirtschaftswachstum. Für den Rest der Eurozone hingegen ist eine griechische Staatspleite mit dem Verbleib des Landes in der Eurozone die klar bessere Option, weil ein Run auf die Banken in Spanien, Portugal, Italien und Irland weniger wahrscheinlich wäre und die Ansteckungseffekte über die Anleihenmärkte nicht so gravierend ausfielen.

Diese Gefahren und Kosten sollten mitgedacht werden, bevor Griechenland politische Ultimaten gestellt werden. Es mag der griechischen Regierung helfen, die vorgeschriebenen Reformen und die Austeritätspolitik fortzuführen, wenn sie zwischen Anpassungsprogramm und Eurozonenaustritt wählen muss. Dies sowie die Absage des angekündigten Referendums mögen aus Sicht der Geberländer wünschenswert sein.

Doch gleichzeitig spielt die EU mit dem Feuer: Je stärker der Druck auf Griechenland mit der Drohung eines erzwungenen Ausstiegs, desto größer die Wahrscheinlichkeit, dass sich in der griechischen Diskussion genau die Kräfte durchsetzen, die diese Lösung anstreben. Die hier beschriebenen Szenarien zeigen dagegen, dass es sogar im Interesse der Währungsunion liegen könnte, die politische Stimmung in Griechenland für einen Verbleib im Währungsraum zu unterstützen und den notwendigen Anpassungsprozess noch energischer zu flankieren.

Neben den bestehenden Maßnahmen und einem weiter reichenden Schuldenschnitt spricht daher sehr viel für ein von der EU oder den Euro-Partnern unterstütztes Wachstumsprogramm, nach dessen Maßgabe in Infrastruktur, Bildung und Forschung sowie den Aufbau wettbewerbsfähiger Industrien investiert wird. Gleichzeitig sollte der griechischen Regierung bei den nötigen Reformen zur Schaffung investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen entschlossen unter die Arme gegriffen werden.

Ein solches Programm könnte die negativen Folgen der griechischen Austeritätsprogramme dämpfen, dem Land mittelfristig Wachstumschancen eröffnen und so den Anstieg der Arbeitslosigkeit und den Rückgang des Bruttoinlandsprodukts begrenzen. Da das Land im Vergleich zum Rest des Euro-Raums recht klein ist, könnte ein Wachstumspaket im Volumen von 5 Prozent des griechischen BIP für wenig mehr als 10 Milliarden Euro umgesetzt werden. Dies entspräche nur gut 0,1 Prozent des BIP der Eurozone und dürfte einen maßgeblichen Impuls setzen. Ein solch umfassender Ansatz dürfte wesentlich billiger sein als die Kollateralschäden, die anfielen, wenn Griechenland die Währungsunion verließ.

Vermögenssteuern als Rettungsgasse in der Schuldenkrise*

Der Finanzmathematiker Walter Schachermayer (2011 – s. u.) hat kürzlich argumentiert, wer die Staatsschulden verringern wolle, der komme aus saldenmechanischen Gründen letztlich nicht umhin, auch die den Schulden gegenüberstehenden Guthaben zu verringern. Die Zinszahlungen führten langfristig zu einer immer stärkeren Belastung der breiten Masse der Steuerzahler zugunsten der Inhaber von Staatspapieren, also tendenziell zu einer Umverteilung von unten nach oben. So weit, so bekannt. Es ist aber wichtig, diesem Befund das folgende logische Faktum hinzuzufügen:

Die Summe der Schulden ist stets ident mit der Summe der Guthaben. Darauf weisen Ökonomen zwar immer wieder hin, doch wird ihnen offenbar wenig Gehör geschenkt. Dabei muss man über keine ausgeprägten mathematischen Fähigkeiten verfügen, um zu sehen, dass jedem Euro Schulden irgendwo ein Euro Guthaben gegenüberstehen muss.

Der Mathematiker Erhard Glözl (2011 – s. u.) wird

* Univ. Prof. Dr. Heinz D. Kurz, in: Der Standard, Kommentar der Anderen 30. 12. 2011 – Anm.: Weitere Aufsätze auf www.uni-graz.at/heinz.kurz/papers.html + vgl. *anderer Lit.-LINK auch in WN 136.*



nicht müde, diesen tautologischen Zusammenhang zu betonen. Er schließt mit dem Satz: „Es wäre jedenfalls fatal, eine stärkere Besteuerung von Vermögen zu tabuisieren.“ Tatsächlich haben bedeutende Ökonomen Kapital- und Vermögenssteuern als wirksame Mittel zur Bekämpfung von aus dem Ruder laufenden Staatsschulden insbesondere nach Kriegen und nationalen Katastrophen vorgeschlagen.

Der wohl bedeutendste Vertreter einer einmaligen Vermögensabgabe zur Tilgung einer gewaltigen Staatsschuld war David Ricardo (1772–1823). Die Staatsschuld Englands war infolge der Napoleonischen Kriege und angesichts unzureichender Steuereinnahmen auf bisher unbekanntem Höhen angeschwollen und hatte in der Nachkriegszeit dazu geführt, dass etwa die Hälfte der laufenden Steuereinnahmen für den Schuldendienst verwendet werden musste.

Ricardo war als „stock jobber“ am London Exchange tätig und nach der Niederlage Napoleons in der Schlacht von Waterloo im Jahr 1815 und den infolgedessen in die Höhe schnellenden Kursen englischer Staatsobligationen, die er in größerer Menge erworben hatte, zu gewaltigem Reichtum gelangt – er war gewissermaßen ein Kriegsgewinnler. Die öffentliche Schuld, so sein uneigennütziger Vorschlag, sollte durch eine einmalige Vermögenssteuer innerhalb weniger Jahre getilgt werden. Als Mitglied des House of Commons hielt er am 24. 12. 1819 eine Rede, deren Mitschrift unter anderem besagt: „Um sich gegen dieses Übel zu schützen, das unmittelbar verantwortlich ist für individuelle Ungerechtigkeit und nationalen Schaden, sollte das gesamte Kapital eines Landes für den Abbau der öffentlichen Schuld ermittelt werden, sodass kein Kapital mehr das Land verlassen dürfe, ohne vorher einen fairen Anteil dieser Schuld zu begleichen. Die Durchführung dieses Plans könne zwar auf gewisse Schwierigkeiten stoßen, aber die Bedeutung des angestrebten Zieles sei das Experiment wert, jede sich ergebende Schwierigkeit zu überwinden. Der gesamte Plan, mittels dessen die Begleichung der öffentlichen Schuld verwirklicht werden könne, sei seiner Ansicht nach innerhalb von vier bis fünf Jahren umsetzbar.“ Eine derartige Steuer, so Ricardo, würde das Gesamtvermögen Englands nicht verringern und würde auch die besitzenden Klassen nicht ungebührlich belasten, denn der Kapitalwert der laufenden Steuern auf Vermögen zur Begleichung der Zins- und Amortisationszahlungen würde sich nicht sehr von der vorgeschlagenen Abgabe unterscheiden.

Ricardo diskutierte die Vor- und Nachteile der vorgeschlagenen Kapitalabgabe mit Freunden, führte Schätzungen des Marktwertes der öffentlichen Schuld sowie des gesamten nationalen Kapitals (unter Einschluss des Boden- und Geldvermögens) durch und berechnete

daraufhin den erforderlichen Abgabesatz auf das Kapital. Seinen Überlegungen zufolge würde mit einem Satz von 25 Prozent auf das nationale Kapital die Staatsschuld getilgt werden können. Die Vorteile einer Vermögensabgabe lagen auf der Hand. Sie war in ihrem Gesamtumfang begrenzt und gleich der zu tilgenden Schuld. Sie betraf sowohl die Eigner von Real- als auch Geldvermögen. Sie betraf nur existierendes Vermögen und belastete damit nicht oder nur geringfügig zukünftige Generationen. Freibeträge könnten verhindern, dass kleine Vermögen besteuert und somit auch die weniger Begüterten betroffen würden.

Auch ein anderer berühmter liberaler und in Österreich bestens bekannter Ökonom trat für eine Kapitalabgabe zur Schuldentilgung ein: Als Joseph Alois Schumpeter im Jahr 1919 für einige Monate das Amt des Staatssekretärs der Finanzen (Finanzminister) bekleidete, setzte er sich für eine Kapitalsteuer zur Tilgung der österreichischen Schulden nach dem Ersten Weltkrieg ein.

Es ist erstaunlich, wie sehr Vermögenssteuern heutzutage in Österreich und anderswo verteufelt werden, obgleich die aktuelle Lage an Dramatik durchaus mit den beiden genannten Fällen vergleichbar ist. Überdies ist darauf aufmerksam zu machen, dass es innerhalb der vergangenen Jahre und zum Teil als Folge der Liberalisierung der Finanzmärkte zu einer starken Umverteilung von Einkommen und Vermögen gekommen ist, von der insbesondere der Finanzsektor profitiert hat. Die dort erzielten zum Teil unfassbaren Einkommen und Vermögen stellen alles in den Schatten, was in den Märchen der Gebrüder Grimm an Reichtümern beschrieben wird.

Eine Gesellschaft – ließ uns der liberale Altmeister Adam Smith wissen – die nicht auf Gerechtigkeit in der Verteilungsfrage achtet, kann keine gute Gesellschaft sein. Und Nobelpreisträger James Tobin beklagte, „dass wir einen immer größeren Teil unserer Ressourcen, einschließlich der Crème unserer Jugend, in finanzielle Aktivitäten schicken, die weit entfernt sind von der Produktion von Gütern und Dienstleistungen – Aktivitäten, die zwar hohe private Vergütungen mit sich bringen, die aber in keinerlei Verhältnis zu ihrem sozialen Nutzen stehen“.

Nicht nur aus saldenmechanischen Gründen, sondern auch aus Gründen ökonomischer Gerechtigkeit und der Beseitigung falscher Anreize ist eine Vermögensbesteuerung unabdingbar. Nebenbei gesagt: Sie kommt in jedem Fall, sei es mit Getöse beim Zusammenbruch von Staaten oder Wirtschaftsgebilden, sei es in fernerer Zukunft schleichend über eine Inflation. Aber weder die erste noch die zweite dieser beiden Varianten ist unter Gerechtigkeits- und Anreizgesichtspunkten besonders attraktiv.

Ergänzende Literatur online (von Ch. S.):

Götzl E., <http://derstandard.at/1323222967145/Staatsschulden-Schuldenbremse-fuehrt-ins-Desaster> (13. 12. 2011)
Schacher Mayer W., <http://derstandard.at/1323916683867/Staatsschulden-Der-Rechenfehler-der-Schuldenbremser> (17. 12. 2011)
Streissler E. W., <http://derstandard.at/1323222577751/Schuldenbremse-Das-Staatsdefizit-rasch-senken-sonst-> (9. 12. 2011)
<http://derstandard.at/1323222888062/Marktwirtschaft-und-Moral-Vom-gar-nicht-so-boesen-Kapitalismus>
<http://derstandard.at/1324501663890/Kommentar-von-Alexandra-Foederl-Schmid-Vom-Pumpen-zum-Sparen>
<http://diepresse.com/home/wirtschaft/eurokrise/714936/Politiker-haben-nicht-die-volle-Wahrheit-gesagt?>
<http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/717434/Wie-Staaten-diskret-ihre-Schulden-loswerden?> (16. 12. 2011)
<http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/719168/Die-unsichtbare-Zerstorkraftder-Inflation?> (22. 12. 2011)
Sandgruber R., Inflation (24. 12. 2011) www.nachrichten.at/nachrichten/wirtschaft/art15,786190
Breuss F., EURO-Rettung ... Kerneuropa (4. 1. 2012) <http://diepresse.com/home/meinung/gastkommentar/721843/index.do>
Dossiers (laufend): www.wienerzeitung.at/dossiers/euro_krise/
www.nzz.ch/nachrichten/hintergrund/dossiers
Daten/Diagramme/Tabellen zur Vermögensverteilung OE aus dem Sozialbericht:
www.bmask.gv.at/cms/site/attachments/3/2/3/CH0107/CMS1289832560842/sozialbericht_2010_web.pdf
Tipp Ch. S.: *darin sehr ertragreiches Material für Maturafragen!*

Kompetenzorientiertes Arbeiten mit einem Sachtext

Methodische Anregungen und Varianten zum „Griechenland-EURO-Ausstiegs-Fachartikel“

In der Oberstufe stellt sich immer wieder das methodische Problem, Schüler mit direkten Fachtexten zu konfrontieren. Das erscheint einerseits nötig, da große Teile unserer Schulbücher noch immer nur aus zusammenfassenden fertigen Schulbuchautorentexten besteht - großteils auch ohne Möglichkeiten (zumindest über die mitunter eingestreuten Quellentexte) kontroverse Standpunkte herausarbeiten zu können (eine Voraussetzung etwa Kompetenzniveau III unterrichtlich zu erreichen). Auch der korrekte und selbstverständliche Umgang mit Literaturzitate (ein weiterer Schwachpunkt unserer derzeitigen Schulbücher übrigens) kann derart langsam Schülern als die Regel nahegebracht werden (eine Voraussetzung für die schriftliche VWA – zu beidem vgl. in WN 140/2011). Zwar schult der Deutschunterricht (wie ein Blick in die gängigen Oberstufenschulbücher dazu uns GW-Lehrern auch einiges vermitteln kann!) solche Fertigkeiten auch. Nachhaltige Erfolge wird man jedoch bei Maturanten nur erzielen können, wenn derartiges in den dazu die jeweilige inhaltliche Fachkompetenz miteinbindenden Realiengegenständen auch bzw. flankierend/vertiefend passiert. Schulinterne Methodencurricula mit semesteraufsteigend formulierten Standards dazu (ev. wie in brit. Lehrplänen in zwei bis drei überlappenden Niveaueausprägungen – unterstes Niveau der 6. Kl. entspricht obersten Niveau des 2. Sem der 5. Kl. ...), wären eine wichtige Errungenschaft möglicher SCHILF-Veranstaltungen für die neue Oberstufe.

In diesen hier zur Verfügung stehenden wenigen Zeilen nun, sollen **einige kurze Ideenanregungen** gegeben werden, **wie** man METHODISCH etwa mit dem vorhergehenden **Sachtext/Artikel** in einer 6. Kl. (II. Jg.) aufwärts verfahren könnte:

Die auch schon in einem der wenigen einschlägigen österr. GW-Didaktik-Artikel (in dem von G. WEHLEND in GW-U 88/2002 siehe diesen u. a. m. verlinkt auf URL:

<http://homepage.univie.ac.at/Christian.Sitte/FD/PSsozialformen&medien03/03.htm>)

angeführten Formen der einfachen Textbearbeitung wie

- „3- bzw. 5-Schritte-Methode“, Leittext- oder Strukturdiagrammmethode anwenden – sollen hier noch weitere kurz angesprochen werden;

- die Argumente in 2 Spalten oder in einer MindMap bzw. einem Strukturdiagramm aus dem Text zusammenzustellen (letzteres methodisch vergleichbar etwa in PG 9/2011, S. 51, vorgeführt – siehe Onlineeinblick bei www.westermann-fin.de);

- Pro-/Contra-Argumente aus dem Text (schriftlich) gegenüberstellen bzw. (verbal) formulieren;

- Variante davon: Schülergruppen bereiten nach dem Lesen des Textes Argumente vor, für unterschiedliche Interessensgruppen/Personen ... – vgl. methodisch Ähnliches bei Schmitz in PG 9/2011, S. 31ff., – bzw. solches unter dem bekannten Aspekt „Perspektivenwechsel“ (Sicht der Griechen ... Sicht der Hartwährungsländersteuerzahler ...) vorstellen;

- Erstellen eines Argumentationsbriefings-Papers für

... (etwa zu „positiven“ bzw. „negativen“ Aspekten – vgl. s. o. S. 17f.;

- Ampelmethode zur Urteilsbildung (vgl. bei Böing in PG 9/2011 S. 17 und 21f.);

- zu einem (vorher ausformulierten) Thesenpapier nach dem Lesen (begründet) Stellung beziehen – vgl. eine solche Anwendung bei Béneker u. a. in PG 7–8/2011, S. 25f.;

- Variante: Stundeneinstieg: „Ein Politiknachrichtenmagazin will verdeutlichen, dass ... Wie kann das den Zuschauern übersichtlich und kompakt vermittelt werden?“ – verschiedene Lösungsmöglichkeiten sind denkbar (Schaubild, MMap, Vortrag ...) – vgl. solches an einem anderen Beispiel methodisch bei Krause u. a. in PG 9/2011, S. 11ff.;

- Szenarios beschreiben (nach folgenden Kriterien ... xy ... bewerten) ... – vgl. die Methode beschrieben in „Durchblick 8Kl“, S. 49 (& 190), oder im empfehlenswerten Heft gh 295–296/2011, S. 47f. (+CD-ROM!) – mehr zu „Aufgabenkultur“ in gh 291–292/2011;

- in einem Wahlpflichtfach mit mehr Zeitspielraum, ließe sich auf Basis dieses Einstiegstextes + aktueller weiterer Recherchen im WWW/Zeitungsarchive (Einstieg Linkliste zis.at) auch ein Planspiel unterschiedlicher Interessensgruppen/-personen (Beginn Brainstorming: welche Rollen gäbe es?) erarbeiten;

- Mystery erstellen, wo man nach Formulierung einer – u. U. auch in mehreren Subfragen aufgliederten – Leitfrage, etwa „Soll GR aus dem Euro ausscheiden/Wie kann – sollte vorgegangen werden/Welche Folgen-Effekte hat das für die anderen Euroländer wenn ... etc.“ – dann eine Anzahl von Kärtchen beigibt, die dann als Infokärtchen nach dem Lesen in sinnvolle Beziehungen (bzw. zu einem Wirkungsgefüge/Ordnungsdiagramm) gesetzt werden sollen. Vgl. dazu Schuler in PG 4/2005, S. 23, bzw. Fusser etwas variiert in PG 11/2010, S. 11ff., ferner Schön/Pabst in PG 5/2011, S. 31ff. – alle einsehbar über www.westermann-fin.de;

- Gruppenpuzzle mit einzelnen Teilen des Artikels (für die Expertengruppen) – vorgelagert für Erstellung eines Strukturdiagramms als Endprodukt der danach zusammentreffenden Stammgruppen (vgl. dazu Ch. S. in GW-U 107/2007, S. 25f., oder Serwene in PG 11/2010, S. 15ff.; bzw. mehr und ausführlicher noch als bei REICH K., konstruktivistische Didaktik (Beltz.de), <http://methodenpool.uni-koeln.de>;

- **Debatingmethode:** 4 Teams à 2 Leute. Auf der gleichen Seite stehen (= Regierung) die T1 & T3, T2 & T4 sind die „Opposition“. Prozedere: T1 macht einen (Gesetzes)Vorschlag/T2 geht in Opposition zu diesem Thema/T3 verteidigt das selbe Thema wie T1, betrachtet dieses allerdings aus einem neuen Blickwinkel/T4 schließt für die Opposition ab und zieht Resümee. Dabei handeln die einzelnen Personen wie folgt: T1a („Primeminister“) eröffnet, definiert das Thema (und kann auch schon erste Argumente dafür bringen)/Sprecher T2a („Leader of the Opposition“) setzt dem ersten Spre-



cher seine Argumente entgegen/T1b (Member of ...) bringt weitere konstruktive Argumente für ... auf die T2b antworten kann. T3a und T4 a müssen „Extension“ = neuen Blickwinkel bringen. Die „Whipspeaker“ T3b und T4b schließen resümierend den Fall und concludieren für ihre Seite (eigentlich ohne neue Argumente. Jeder Sprecher hat (bis zu) 5 (ev –7) Min., davon sind die 1. & letzte Min. „geschützt“, d. h. dass in der Zeit von der Opposition keine Fragen gestellt werden dürfen. In der restlichen Zeit muss der Sprecher auf mindestens 2 Fragen eingehen – er darf aber nicht aus dem Auge lassen, dass er in der vorgegebenen Zeit auch seine Argumente durchbringen muss – also bei Beantwortungen kurz und prägnant bleiben. Ziel: etwas strukturiert für kritische Debatte vortragen können. Dazu ist es wichtig zu entkoppeln, was Thema ist und was man selber meint (vgl. mehr auf „world Debate website“ <http://flynn.debating.net/colmain.htm>). Aus (zeit-)pragmatischen Gründen kann es ev. sinnvoll sein, Team 3 und 4 wegzulassen bzw. die Redezeit zu beschneiden (insbes. bei nicht trainierten Personen sind 5, oder 7 Min. sehr lang). Die Vorbereitung kann auch vorher schon ausgelagert werden – etwa den Artikel in einer der oben erwähnten Formen zu Hause durcharbeiten. Eine Jury, Lehrer oder Abstimmung in der Klasse bewerten danach die Teams. Jeder wird gegen sein direktes Gegenüber bewertet – wie beim Boxen ergibt jedes treffendes Argument einen Punkt.

Ausweitungsmöglichkeiten im Sinne der Fishbowldiskussion: Zeitungsartikel darüber (Presse/Standard oder für „Mangelhafter“ aus Krone/Oe24 – aus solchen kann man auch eine „populistisch/verkürzte Leserbriefdokumentation zusammenstellen lassen) ... Schaubild der Argumentepaare danach auf Flipchart ... graphisch darstellen, ev. dieses + Audioaufnahmen (via

Handy, mp3-files) für die Redner zu ihrer späteren Selbstreflexion od. als mögliche CD-Beilage in ein Leistungsportfolio (vgl. dazu Ch. S. in GW-UNTERR. 91/2003 bzw. PPT <http://homepage.univie.ac.at/Christian.Sitte/portfolio/0x.htm>) ... etc.

Auch im Heft Kompetenzorientierte Politische Bildung (inf. z. PB 29/2008) online auf www.politischebildung.com findet man etwa S. 38ff., 60ff. Dazupassendes an Methoden.

TIPP: Das erste **GW-Oberstufenschulbuch**, das heuer schon die **Kompetenzorientierung** für Lehrer-Schüler-Eltern gleichermaßen in einer Übersicht und vielfältigen Fragestellungen mit den AFB I, II, III verdeutlicht, ist übrigens die Auflage 2011 von „**RGW 7 Kl. neu**“ des Verlags Ed. Hölzel. (Eine Onlinevariante eines solchen Überblicks für den ebenfalls 2011 neu aufgelegten RGW 8. Kl.-Band ist in Vorbereitung.)

Ideal wäre eine Einbindung solcher größerer Themen etwa auch in ein „Basiskonzept“, wie es L. Taylor in PG 7–8/2011, S. 8, 9 (mit dem Herausarbeiten von Komponenten: Diversität, Veränderung, Wechselbeziehungen, Wahrnehmung u. Darstellung – vgl. mehr auch bei

www.geography.org.uk/projects/gtip/thinkpieces/concepts), vorführt. Solches oder Vergleichbares hätten die neuen BHS-GW-Lehrpläne 2011 leisten können – taten es leider nicht, im Gegenteil. Hiermit (und einigen jüngst dargestellten anderen Ansätzen in Geographie & Schule 191/2011 bzw. 193/2011 bzw. insbes. dem Kompetenzorientierungsheft 195/2012 – alle via: aulis.de) könnte man einige wertvolle Inspirationen zur schulinternen fachdidaktischen Verbesserung herauslesen!

Christian Sitte (univie.ac.at & PH-noe.ac.at)

Buchbesprechungen

BUTSCHEK Felix (2011): Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart. Böhlau, Wien-Köln. 616 S. Euro 49.

Der Doyen der österreichischen Wirtschaftsgeschichte und Ex-WIFO-Leiter hat uns mit diesem Werk eine aktuelle Darstellung der Wirtschaftsentwicklung auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich geliefert, die wir in vielfältiger Weise nutzen sollten. Sehr schön demonstriert er dabei die Verquickung von Wirtschaft und Politik bzw. von Politik und Wirtschaft. Mehr als die Hälfte des Buches behandelt die Zeit nach 1945 bis heute (= Finanzkrise). Wertvoll sind auch die vielen lange Zeitreihen umfassenden Graphiken und Tabellen.

HEDTKE R. (2011): Konzepte ökonomischer Bildung. Politische Bildung kleine Reihe. www.wochenschau-verlag.de. 95 S., Euro 12,80.

In diesem Verlag, der eine ganze Reihe lesenswerter Bücher zur Wirtschafts- und Politikdidaktik herausbringt, erschien jüngst dieses Praxisbändchen, das kritisch unterschiedliche Konzepte ökonomischer Bildung dem Leser vergleichend anbietet. Es bietet somit, wie der Autor schreibt, einen „Kompass“, um zu bestimmen, welche Marschroute man einschlagen möchte. Dazu beleuchtet er

in einzelnen Kapiteln paradigmatische Konzeptvorstellungen, Wirklichkeiten der Wirtschaft und des Lebens, Bewältigung von Lebenssituationen, Sozialwissenschaftliche Bildung.

ZOHLHÖFER Reimut/Kathrin DÜMIG (2011): Politik und Wirtschaft. Lehrbuch kompakt. Oldenbourg, München. 162 S., Euro 24,90.

Dieses leicht verständliche Einstiegswerk zeigt dem Leser die enge Vernetzung von Politik und Wirtschaft. Der erste Abschnitt behandelt die wirtschaftswissenschaftlichen Grundlagen, die wir auch in den 5. Klassen der Oberstufen beginnend behandeln sollen (Wirtschaftsreislauf, wirtschaftspolitische Instrumente, ökonomische Theorieschulen). Der zweite Großabschnitt handelt dann von Problemfeldern und wie Politik das wirtschaftliche Leistungsprofil beeinflussen kann – etwa bei den drei wirtschaftlichen Hauptparametern, Wirtschaftswachstum – Arbeitslosigkeit und Beschäftigung – Inflation. Im dritten Hauptabschnitt werden dann konkrete Politikfelder beleuchtet – Finanzpolitik, Steuern und Verschuldung, Globalisierung und Steuerpolitik, Erklärungsansätze der Unterschiede in der Beschäftigungspolitik, staatliche Interventionen in die Wirtschaft. Wertvolle Ergänzungen zu den in unseren Schulbüchern vor-

handenen Materialien bieten darüber hinaus besonders die längere Zeitabschnitte zeigenden Graphiken und Tabellen!

STEINGART G. (2011): Das Ende der Normalität. Nachruf auf unser Leben, wie es bisher war. Pieper.de, München. 182 Seiten, Euro 16,95.

VOGL J. (2010): Das Gespenst des Kapitals. Diaphanes.net, Zürich. 223 Seiten. Euro 14,90.

STROBL Th. (2010): Ohne Schulden läuft nichts. Warum Sparsamkeit nicht reicher, sondern ärmer macht. Dtv.de, München. 272 Seiten, EUR 15.40.

Drei Bücher die einen Bogen über das aktuelle Geschehen spannen: STEINGART geht in seinem essayistisch geschriebenen Buch der Frage nach: „Was bleibt? Was kommt? Was verschwindet für immer?“ Er beginnt – das zeigt damit auch schon seine Ausrichtung mit einem Kapitel „Das Weltfinanzbeben, die Kernschmelze in Japan und das Ende der Normalität“. Er zeigt das in einer Reihe von aktuellen Problemfeldern auf, stellt in Frage, verunsichert, gibt uns neue Aspekte zum Überdenken. In seinen Kapiteln findet man drüber hinaus eine Fülle interessanter Details, die manche überkommene Meinung ergänzen und relativieren lassen – wenn er etwa meint, dass das Restrisiko heute Realität geworden sei – wirtschaftlich als auch physikalisch. Ein Buch das zum Nachdenken in vielen uns als gewohnt empfundenen Bereichen anregt!

VOGL möchte dem Leser nahebringen, dass obwohl man Finanzmärkte als Veranstaltungen begreifen kann, in denen sich ein Gutteil menschlicher Wohlfahrt entscheidet, bleibe oft uneinsichtig, was dabei genau in ihnen passiere. Sein Buch bezieht sich auf einige Konstellationen ökonomischen Wissens vom 18. Jh. bis zur Gegenwart und kreist dabei um jene Begebenheiten wie Finanzkrisen und crashes, die den Ablauf finanzökonomischer Prozesse so undurchschaubar machen. Er macht den Versuch zu zeigen, wie die moderne Finanzökonomie eine Welt zu verstehen versucht, die durch sie selbst hervorgebracht worden ist. Hier setzen seine Fragen an: sind die irrationalen Ausbrüche wirklich Ausnahmefälle oder nicht eher reguläre Prozesse in diesem System. Reicht die Unterscheidung von rational und irrational überhaupt? Begegnet ökonomische Rationalität auf diesem Feld nicht ihrer eigenen Unvernunft? Insgesamt ein interessantes Buch, das man ebenso wie die beiden anderen gut für ein Maturaspezialgebiete in GW nutzen sollte!

STROBL geht noch einen Schritt weiter: Im ersten Kapitel skizziert er an einer Reihe von gut gewählten Personen und Beispielen die Entstehung des Kapitalismus. Im zweiten Kapitel geht er der Frage nach, was die Ökonomie – als die Wissenschaft von der Wirtschaft – zu leisten imstande ist, und warum sie sich offenbar außerstande sieht, Krisen wie die jüngste vorherzusagen. Im dritten Kapitel wird „Ein Blick unter die Motorhaube der Marktwirtschaft“, insbesondere Banken geworfen, werden sowohl Karl Marx als auch Joseph Schumpeter für Erklärungen herangezogen. Im vierten Teil geht er dann der Frage nach, dass – wenn unsere Wirtschaft tatsächlich so ungerecht und instabil ist und uns viel mehr von Banken und Finanzmärkten abhängig macht, als uns lieb sein kann – man dann nicht etwas besseres versuchen könne?

Auch in diesem Buch findet man wieder unzählige Fakten und Denkansätze, die Wirtschaft(sunterricht) in der Schule spannend machen, zum Denken und Infragestellen gewohnter und in unseren Schulbüchern oft verkürzt und apodiktisch hineingeschriebener „Tatsachen“ anregen – ähnlich wie es auch R. HEDTKES „Ökonomische Denkweisen“ (vgl. Rezension in WN 133) – Tb. hg. beim wochen-schau-verlag.de – multiperspektivisch für Lehrer aufzeigen!

MEDIEN+BILDUNG.com (hg.): Fundus Medienpädagogik. 50 Methoden und Konzepte für die Schule. Beltz.de 2010. 192 Seiten, Euro 25.70.

FRIEDRICH K., B. BACHMAIR u. a. (hg.): Mobiles Lernen mit dem Handy. Herausforderungen und Chancen für den Unterricht. Beltz.de 2011. 240 Seiten, Euro 25,70.

Wir haben in den WN schon öfter auf Methodenbüchern zum IKT-Einsatz hingewiesen (in Nr. 140, 139, 133, 132, 131). Die Autoren des erstgenannten Buches streichen gleich anfangs heraus, dass wir in einer für unsere Schüler in verschiedenster Weise medienbestimmten Freizeitwelt leben, doch nicht allen Lehrern über die „Werkzeuge“ medienpädagogische Inhalte in der Praxis umzusetzen verfügten. Diese beiden Bücher bieten Anregungen für die ganze Schule, für alle Fächer – direkt dafür formuliert oder für jedes – oft auch für GW – irgendwie adaptierbar. In „Fundus ...“ sollen LehrerInnen mit vielen konkreten Beispielen ermuntert werden, mehr als Prozessbegleiter und Unterstützer zu agieren. Die Beispiele sind jeweils klar nach „Thema – Zielgruppe – Mediale Lernziele – Material – Beschreibung der Durchführung – Erfahrungen – Varianten“ gegliedert. Der Bogen der Vorschläge reicht von Einstiegen, der Ausdruckskraft vor Kamera und Mikrofon, Ideenfindung zu Medienarten. In diesem Kapitel geht es zunächst um Videoeinsatz (Tipp u. a. zu Windows-Movie-Maker), Audio, Foto, PC, Print und ein wenig zum Handy. Nach diesen vielfältigen Methodenzugängen stellt das Buch drei Konzepte zur Ausbildung von Medienpädagogik vor (Schulradio, Weblog, Kinder und Kamera). Tipps zu Interviews und Reflexion runden das einen großen Überblick ausbreitende Buch ab.

Handyverbot in der Schule? Warum nicht dieses für unsere Schüler alltägliche Instrument unterrichtlich nutzen? Eindrucksvoll verdeutlichen die Autoren mit einem Foto eines Koffers, in dem aus anno 1995 all die Gerätschaften enthalten waren, die die Mediennutzung ermöglichten, die 2011 EIN Handy „als Schnittstelle der Medienkonvergenz“ übernehmen kann! In den konkreten Anwendungen beziehen sie sich zum überwiegenden Teil auf kostenfreie pädagogische Einsatzmöglichkeiten, wie die Funktionen Foto-, Video-, Audionutzung & Kommunikation (über Memo – bluetooth & WLAN), aber auch via „Neue Impulse durch 160 Zeichen“ (SMS) bis hin zum GPS; ferner die Schnittstellen zu Whitboards entdecken. Viele der darin angeführten Anregungen wie Spurensuche, Foto-Safari, Bildgeschichten, Erd-, Schräg-, Senkrechtbild, Agentenjagd im Planquadrat (GPS), Field-Recording, Google-Earth & Handy den Kugelkoordinaten auf der Spur, Video-Tutorials, GPS-Foto-Exkursion, ein EU Projekt mit Recherche, Schaubilder-sharing per bluetooth und facebook, fotografisch dem Klimawandel auf der Spur, unterwegs als Radioreporter-Meinungsumfragen, Textzusammenfassung, Internetrecherche mit dem Handy – Warenzeichen einfach erklärt, Lernstationen, Weblog via Handy füllen ... sind nur einige besonders gw-affine der 50 Handyanwendungen. Diese erweitern 5 gelungene Unterrichts Anregungen von der VS bis zum Gymnasium (für GW besonders interessant: mit dem H. im Wohnumfeld ... oder: mit dem H. durch Europa). Abgerundet wird die wirklich tolle Ideensammlung mit einem Abschnitt „6 Eckpunkte für die Planung und Analyse des Unterrichts mit dem Handy“ und einem Glossar. Ein Buch das jede Schule anschaffen sollte!

Ch. S.



WN-GW-Fachdidaktik-News: 1-2011

Die zur Zeit ablaufende Vorbereitung auf die MaturaNEU und die dabei erfolgende Umstellung auf Kompetenzorientierung sind eine der tiefgreifendsten Reformen in GW seit der Paradigmenreform in 1985ff. Prüfungsordnungsreformen sind wohl der kürzeste Weg auch das Unterrichtsgeschehen methodisch und fachdidaktisch zu verändern. Aus den Fortbildungsseminaren an AHS und BHS schälen sich aber einige Problemfelder heraus: Zwar begleitet das BMUKK auf seiner Webseite mit ins WWW gestellten Handreichungen (etwa einer sehr instruktiven zur VWA(rbeit)), aber auch inzwischen beginnend zu einzelnen Gegenständen der AHS (etwa als erstes schon GS) diesen Prozess. Im Feb./März 2012 steht voraussichtlich auch die Durchführungsverordnung für die mündliche MaturaNEU dort.

Andererseits kam der GW-Community ihr europaweit einmaliges, seit 1978 den fachdidaktischen Erneuerungsprozess auf breiter Basis laufend unterstützendes *gedrucktes* Medium GW-UNTERRICHT (damals dank Sponsor mit bis zu 8000 verteilten Exemplaren) abhanden. Es existiert heute de facto hauptsächlich als Online-Produkt mit Registrierungspflicht, ohne die Möglichkeiten von Onlinezeitschriften wirklich zu nutzen –

www.gw-unterricht.at: Etwa über eine vorausbegleitende (!) Dokumentation aus den laufenden LP-Arbeitsgruppen – was im „alten“ GW-U immer erfolgt ist und z. Z. etwa, was die BHS-LP-Reformen und die dort gerade unter Ausschluss der GW-(Fach-)Öffentlichkeit (!) hergestellten „Standardbeispiele“, aber auch was die Leitfadenherstellung für die AHS-Matura-mündlich betrifft, völlig verschwunden ist. Solches wäre heute etwa mit angeschlossenem Diskussionsforum/facebookseite verstärkt breitenwirksamer möglich (was bei der AHS-Reform 2003/04 eingerichtet schon einmal war/vgl. WN 125)! Oder der Publikation von viel mehr konkreter, abseits von nur Randbereiche des Regelunterrichts betreffender Feiertagsdidaktik und nur rein theoretisch abhandelnder Artikel. Oder aktuell veröffentlichte Unterrichts Anregungen zur (insbes. methodischen) Umsetzung der Kompetenzorientierung (aber auch der auf uns zukommenden Modularisierung am Schulstandort) für eine sich fortentwickelnde Praxisanwendung wichtiger GW-Themen zu liefern. Auch als produktive Kritik an den bislang da noch vieles diesbezüglich auslassenden Schulbüchern und manchen doch durchsickernden sog. „Musterbeispielen“ des BMUKK. Oder der Veröffentlichung von virtuellem Begleitmaterial, wie Bildern und Karten zu den GW-U Fachaufsätzen online – zumindest für die registrierten user – u. a. m.).

Leider lässt hier – etwa was ein Diskussionsforum für die breite fachdidaktisch interessierte und qualifizierte Öffentlichkeit betrifft – die durchaus fachlich informative Webseite der AHS-BundesARGE

www.bundesarge.gwk.at (Stand Dez. 2011) was ihre fachdidaktischen Informationen und Qualität betrifft, zur Zeit ebenfalls aus.

Die **Wissenschaftlichen Nachrichten** als nun zur Zeit am weitesten in die Schulen streuendes gedrucktes Kommunikationsmedium hat darauf schon seit einiger Zeit reagiert und auf dem wichtigsten Bildungsportal unseres Landes dem **www.gw.eduhi.at** unter > *Medien* >> *Zeitschriften* eine, die gedruckte GW-Spalte der WN repräsentierende bzw. auch ergänzende Webpräsenz installiert. Zusätzlich findet man auf diesem GW-Online-Portal auch einen die Fortbildungsseminare begleitenden, stetig wachsenden Bereich bei > *Lehrpläne* >> **Neue Matura**, wo wir versuchen, alles was zu der einschlägigen fachdidaktischen Fortbildung uns weiterhelfen kann, ins WWW zu stellen bzw. verstreute Links die anderswo aufscheinen zusammenzusammeln. **Dort richten wir auch ein dazu** (unserer Meinung nach im 21. Jh. und dem Web 2.0 entsprechendes) **Diskussionsforum** zur kompetenzorientierten **Maturareform GW** ein. Für Fragen, Anregungen aus und für die KollegInnen offen, bzw. erhoffen wir dort auch Statements der die Vorschläge in den (bislang geheimen) Arbeitsgruppen erstellenden Verfasser, auf die öffentlich reflektiert dann geantwortet werden kann!

Zu einem gerade brisanten und stark diskutierten Thema seien hier 2 fachdidaktische **Analysen** angeführt, die GW-Lehrer gelesen haben sollten:

- www.univie.ac.at/geographie/fachdidaktik/FD/FDArbeiten/HEHER_LEHKIJ_WiFuererschein_ss07.pdf
- www.univie.ac.at/geographie/fachdidaktik/FD/FDArbeiten/Bergmeister_Liebhart_Perlaki_Kompetenzen_im_Wirtschaftsfuererschein_ss11.pdf

Weiters siedelte in dem oben angeführten Bereich www.gw.eduhi.at bei „Zeitschriften“ auch eine einfach anzuklickende Onlineversion des seit Jahrzehnten schon in GW-U bestehenden (dort aber aufgrund der Praxisferne der Redaktion leider nicht mehr als nötig empfundenen) **Zeitschriftenspiegels** an. Die darin laufend unter dem Blickwinkel unserer fachdidaktischen Verhältnisse (und Defizite) besprochenen/rezensierten **Artikel** der **gängigen Fach(Didaktik)Zeitschriften** sollen uns zeitsparend neben einem fachlichen Überblick, Anregungen aus dem vielfältigen Materialangebot geben. Gerade auch die oben als noch mangelhaft kritisierten **methodischen** Defizite sollen durch dort veröffentlichte gute Beispiele Anregungen geben, wie wir neben der neuen Prüfungsmodalität (vgl. in WN 140/2011) auch im vorgelagerten Unterricht mit den Anforderungen der Kompetenzorientierung in vielfältiger Weise umgehen könnten. Er soll aber auch anregen, dass die KollegInnen an den Schulen sich gemeinsam zumindest „die großen drei“ der FD-Zeitschriften: **gh** – www.geographie-heute.de; **PG** – www.praxisgeographie.de (www.facebook.com/praxisgeographie); **GS** – www.aulis.de/zeitschriften/gs (daneben kommen noch GA, TG, GR u. a. dort besprochen vor), ev. auch privat bzw. schulintern Zeitschriftensharing betreibend, vermehrt zulegen! Das zahlt sich aus, lassen die dort publizierten Ideen doch oft zu, unseren Schullbuchmaterialien zunächst einmal „Methodische Erste Hilfe“ im Sinne der neu auf uns zukommenden fachdidaktischen Anforderungen zukommen zu lassen!

PS: Nach der CD-ROM-Fassung der PG-Hefte 2005 bis 2007 erschien kürzlich die CD-ROM-Archivausgabe der PG Hefte 2008 bis 2010 (33 Themenhefte mit 350 Beiträgen) – www.westermann.de. Ch. S.